

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

12.5.1919 (No. 131)

Karlsruher Tagblatt

Wesensart:
In Karlsruhe frei ins
Haus geliefert, preis-
jährlich 4.50 M., mo-
natlich 1.50 M., an-
den Ausgabestellen ab-
geholt monatlich 1.50 M.
Ansprüche durch
die Post frei ins
Haus gebracht vier-
teljährlich 4.50 M., Ein-
zelnummer 10 Pf.

Berlin, Schriftleitung
und Geschäftsstelle
Mittelstraße 1.

Anzeigen:
die geistl. Nonpareille-
stelle oder deren Raum
25 Pf., Restliches 1 M.,
an erst. Stelle 1.20 M.,
auf die Briefe
30% Erzeugniszuschlag.
Abend nach Carl.
Anzeigenannahme
bis 12 Uhr mittags,
kleinere Anzeigen bis
bis 4 Uhr nachmittags.
Verantwortungsbefreiung:
Geschäftsstelle Nr. 206,
Berlin Nr. 207,
Schriftleitung Nr. 20 u. 894.

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Geschäftsführer: Gustav Respert; verantwortlich für Politik: Martin Golsinger; für Baden, Völkerei und Volkswirtschaft: Heinrich Gerhardt; für Verfassung: Carl Seifemeyer; für Inzerate Paul Kaufmann.
Druck und Verlag: C. F. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. — Berliner
Manuskripte oder Druckfäden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erbeten, wenn Porto beigefügt ist.

116. Jahrg.

Montag, den 12. Mai 1919

Nr. 131.

Der „Wilsonfrieden“.

Von Dr. Ludwig Haas.

Kein Volk darf unter eine Staatsgewalt gezwungen werden, unter der es nicht zu leben wünscht.

Die Völker können heute nur mit ihrer eigenen Zustimmung beherrscht und regiert werden. Selbstbestimmung ist keine leere Redensart.

So sprach Wilson am 9. Juni 1917 und am 12. Februar 1918.

Sollte Wilson die reservatio mentalis gemacht haben, daß das nicht gilt für die Deutschen im Saargebiet, für die Deutschen, die man jetzt ohne Volksabstimmung polnisch macht, für die Deutschen in Kehl.

Aber Wilson hat ja auch gesagt, daß er für die Rechte aller Nationen, das deutsche Volk nicht ausgenommen, kämpfe. Noch mehr: „Wir sind bereit, bei der Schlußabrechnung gerecht gegen das deutsche Volk zu sein und mit Deutschland ebenso ehrlich zu verfahren, wie mit den anderen Mächten.“ So sprach Wilson am Jahresstage der amerikanischen Kriegserklärung am 6. April 1918.

Läßt Wilson diesen Frieden zu, dann wäre es für seinen Ruf besser, wenn er zynisch erklärt, alle seine Worte seien leere Redensarten gewesen, nicht ernst gemeint, berechnet zur Täuschung der Welt.

Wir können uns nicht denken, daß der Präsident eines großen ehrenhaften Volkes so mit seinem Ruf und dem Ansehen seiner Nation spielt. Hochglaubwürdig, daher bei den weiteren Verhandlungen auch für das Reich Deutschlands und damit für seine eigene Ehre eintritt. Dieser Friedensvorschlag muß ihm abgezwungen sein. Es ist nicht möglich, daß ein Mensch sich so in Widerspruch setzt mit feierlich ausgesprochenen Grundgedanken. Wie hätte die Weltgeschichte ähnliches erlebt.

Man lese die Reden und Kundgebungen Wilsons. Der Friedensvorschlag der Feinde schlägt jedem Wort Wilsons ins Gesicht. Er kann den Vorschlag nicht bedenken.

Nicht das schafft die Empörung in Deutschland, daß man uns brutal vermagtilligen will. Wir sind besiegt, und nicht zum ersten Male büßt in der Weltgeschichte ein besiegtes Volk. Aber daß Treu und Glauben überhaupt nicht mehr gelten sollen, das schafft die Stimmung maßloser Erbitterung.

Es gibt für Deutschland nur eine Rettung: den Frieden, wenn er nicht in seinen Grundlagen geändert wird, ablehnen! Komme, was kommen mag! Es ist ein Irrtum, an die Folgen zu denken; denn es gibt nichts Furchtbarereres, als diesen Frieden. Das muß die erste Forderung sein; was deutsch ist, muß deutsch bleiben. Für uns gilt das Wilsonsche Wort: „Völker und Länder sollen nicht von Oberherrlichkeit zu Oberherrlichkeit verschachtet werden.“

Das Saargebiet muß deutsch bleiben; was deutsch ist im Osten, muß deutsch bleiben und Kehl muß deutsch bleiben. Deutsch-Oesterreich muß das Recht völlig freier Selbstbestimmung erhalten.

Auch jede verschleierte Annexion ist unerträglich für uns.

Es ist ein Hohn auf Recht und Gerechtigkeit, daß man rein deutsche Gebiete ohne jede Volksabstimmung fremder Staatshoheit zuführt, und daß man dort, wo vielleicht das Abstammungsergebnis für die anderen Vorteile bringt, mit der Volksabstimmung arbeiten will. Es ist eine Brutalität, Menschen erst Jahre lang zu knechten und dann abstimmen zu lassen.

Und weiter: Dieser Friedensvorschlag kennt die verschiedensten Methoden der Volksabstimmung; selbst dem Abstimmungsergebnis will man Gewalt antun. An die Stelle des Prinzips, das überall und für alle leicht sein müßte, tritt die Willkür. Kein Abdecker hat jemals den Gedanken der Volksabstimmung so verhöhnt, wie dieses Dokument.

Ein klares „Nein“ muß Deutschland sprechen gegen den Versuch, uns für die Dauer wehrlos zu machen. Wir wollen ehrlich eine Rüstungsbeschränkung. Man führe sie durch, so wie Wilson am 8. Januar 1918 es forderte: „Aus-tausch ausreichender Garantien dafür, daß die staatlichen Rüstungen auf das kleinste mit der inneren Sicherheit vereinbarte Maß beschränkt werden.“ Wenn man uns einseitig zur Abrüstung zwingt, macht man uns zu Sklaven.

Unannehmbar ist ein Frieden, der uns die Dolchsteiche raubt.

Die wirtschaftlichen Forderungen des Vorschlags müssen wir ablehnen, weil wir keine Schwinder sind, die etwas versprechen, was sie niemals halten können. Wir müssen die anderen, die offenbar ihren Völkern noch nicht die nackte Wahrheit sagen wollen, zur Wahrheit zwingen. Es war bereit auch bei uns die unglückliche Lüge verbreitet, daß uns die Feinde die Kriegslasten abnehmen können und abnehmen werden. Sie müssen auf der anderen Seite erkennen, daß Deutschland, das kaum das Brot begahnen kann, das es einbringen muß, nur in

den bescheidensten Grenzen zu Leistungen an das Ausland fähig ist.

Es kann aber auch keine deutsche Regierung einen Frieden unterschreiben, der dauernd wirtschaftliches Siechtum bedeutet.

Ich weiß, daß auch die wirtschaftliche Lage unserer europäischen Feinde unendlich schwer ist. Aber sie müssen erkennen, daß es nur eine Rettung für das zusammenbrechende Europa gibt: Ein wahrer Völkerbund, der auch eine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik einleitet und durchführt. Damit, daß sie Deutschland verflauen und zerstören, werden sie nicht reicher, sondern

ärmer und unserem Zusammenbruch folgt der ihre mit der Sicherheit eines Naturgesetzes.

Unannehmbar muß für uns auch dann der Frieden sein, wenn er uns vom Völkerbund ausschließt. Sie mögen Bündnisse des alten Systems miteinander schließen. Das ist ihr gutes Recht. Unerrätlich aber wäre es, daß wir einen Völkerbund anerkennen sollen, bei dem wir als Parias, als Volk dritter Klasse vor der Tür stehen. Das alte Deutschland hat die Gedanken der Völkerbundverhandlung nicht begreifen wollen; das neue Deutschland sieht im Völkerbund den noch einzigen, möglichen Weg zur Rettung der Welt. Deswegen muß von uns rücksichtslos das Wil-

sonsche Wort vertreten werden: „Der wesentliche Grundgedanke des Friedens ist die wirkliche Gleichberechtigung der Völker in allen Angelegenheiten des Rechts.“

Deutschland steht vor der Vernichtung. Dieser Frieden wäre sein Tod. Zum Außerleben muß jetzt das deutsche Volk entschlossen sein. Nur jetzt kein Kleinmüt und kein jämmerliches, armseliges Reden. Ein paar Verbesserungen auszuführen, darf nicht das Ziel sein. Es kann nur ein Kampf der pazifistischen Idee mit den Gedanken der Gewalt sein. Da gibt es nur ein „Entweder — oder.“

Gegen den Gewaltfrieden!

Am die Deutsche Demokratische Partei in Baden.

Der unerhörte Gewaltfrieden, mit dem unsere Feinde das deutsche Volk erdrücken wollen, hat bereits nach dem Bekanntwerden seines wesentlichen Inhalts die einmütige und empörte Ablehnung aller Kreise unseres Volkes gefunden und hat selbst im neutralen Ausland schärfsten Widerspruch hervorgerufen.

Auch Baden ist nicht zurückgeblieben. Sowohl die badische Regierung, als auch die badische Volksvertretung durch ihren Präsidenten haben Protest erhoben, insonderheit auch gegen die weitere Besetzung der Stadt Kehl und des Hanauer Landes.

Die badische Demokratie schließt sich diesem Protest einmütig an. Sie bezeichnet den Friedensentwurf unserer Feinde, soweit er bis jetzt bekannt geworden ist, in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung als unerfüllbar, unerträglich und unannehmbar.

Der in dem Entwurf zum Ausdruck kommende brutale Vernichtungswille unserer Feinde legt unserem Volk die Verpflichtung auf, in diesen schweren Stunden deutscher Geschichte sich wie ein Mann zu erheben, alle inneren Zwistigkeiten und Parteinteressen zurückzustellen und seine ganze Kraft zusammenzurufen, um einen Frieden zurückzuweisen, der Deutschlands Ehre mit Füßen tritt und das deutsche Volk auf Menschenalter hinaus verflaut.

In der Ueberzeugung, daß der einmütige Wille des gesamten Volkes zum Ausdruck kommen wird, hat die badische Demokratie zur Reichsregierung und zum deutschen Reichstag das Vertrauen, daß sie den schmählichen Zumutungen der Feinde gegenüber den Weg finden werden, der es uns ermöglicht, unter Wahrung der nationalen Ehre und Würde als gleichberechtigtes Mitglied des Völkerbundes den Wiederaufbau unseres Vaterlandes zu beginnen.

Karlsruhe, den 10. Mai 1919.
Der geschäftsführende Ausschuss der Deutschen Demokratischen Partei in Baden.

Die Taktik der 14 Tage.

Nach dem furchtbaren Schlag des 7. Mai fühlt sich die deutsche Delegation in Versailles außerstande, selbstständig und allein verantwortlich vorzugehen. Die nächsten Entscheidungen liegen bei der Berliner Regierung und der Nationalversammlung. Man hätte sich ja den Lauf der Dinge in der Weise denken können, daß Graf Brockdorff-Rantzau sofort nach Kenntnis der ungeheuerlichen Hauptbedingungen, etwa in einem schriftlichen Protest an Clemenceau erklärt hätte: Ich nehme die Rede, die ich allzu vertrauensvoll vor der Überreichung des Friedensentwurfes gehalten habe, zurück. Ich weigere die Entgegennahme dieser tollen Überreibungen, die ich nicht kannte. Ich reise ab und empfehle der deutschen Regierung, sofort die politischen Folgen aus dieser unerträglichen Lage zu ziehen.

Tatsächlich haben einzelne Mitglieder der Delegation unter dem ersten niederdrückenden Eindruck so gehandelt. Reichsminister Giesberts, der katholische Arbeiterführer, soll geäußert haben, er sehe nur noch einen Ausweg: Sofortigen Friedensschluß mit Rußland und Sezanziehung der bolschewistischen Truppen für Deutschland. Aber das war wohl nur der erste Born. Zu solchem schicksalsschweren Entschluß wäre doch noch einige Zeit der Überlegung gegeben. Zum mindesten 14 Tage. Soviel gewährt Clemenceau gnädigst. Innerhalb dieser zwei Wochen kann Deutschland einen schriftlichen Protest einreichen. In Clemenceau sprach ausdrücklich von schriftlichen Verhandlungen, und dies ist immerhin ein Beweis, daß das grauenhafte Gewalt- und Raubgebäude des Entwurfes eine Höchsthochforderung darstellen soll, von der man dies und jenes sich vielleicht abhandeln lassen will. Dies und jenes! Darin liegt eben die ungeheure Schwierigkeit des schriftlichen Vorgehens. Auf dem Papier läßt sich gewiß auseinandersetzen, daß hier eine Zahl heller Wahnwitz, dort eine Grenzführung unhaltbare Torheit sei. Aber die ganze Vernichtungspolitik dieses grauenhaften Friedensinstrumentes, der schreiende Widerspruch zum Wilsonprogramm läßt sich nur mündlich dazum.

Eine Verhandlung über die Grundlagen des Friedens, zu denen sich doch die gesamte Entente beim Waffenstillstand bekannt hat, läßt sich nur in persönlicher Aussprache finden. Und dazu muß es kommen. Es gehört zur diplomatischen Kunst, dies zurzeit fast unmöglich erscheinende möglich zu

machen. Die historischen 14 Tage, die nun begonnen haben, dürfen nicht mit Studien und Protokollversammlungen hingerichtet werden. Unendlich Wichtiges ist zu tun. Den Inhalt des Gewaltfriedens kennt man ja seit Monaten. Wir haben nur nicht geglaubt, daß alles, aber auch alles, was eine vorwichtige Pariser Presse ankündigte, zur entscheidenden Tatsache dieses amtlichen Dokuments werden könnte.

Die verschiedenen Ausschüsse der deutschen Delegation in Versailles haben über fast alle Punkte, die man erhob, ausführliche Gutachten ausgearbeitet. Das Material zur schriftlichen Verhandlung ist also vorhanden, und es gilt, die Arbeit der so zahlreichen Sachverständigen nun diplomatisch auszuwerten. Hoffentlich werden der Delegation dabei nicht die Hände durch die Heintat gebunden. Es liegt eine Gefahr darin, daß allzu viele Instanzen und Organisationen das Wort haben: der Friedensauschuss, das Kabinett, die Nationalversammlung, die preussische Kammer, die Fraktionen, die politischen Vereine, die Banken und das Heer von Demonstrationsversammlungen, das wir jetzt nachschießend erleben werden. Innerhalb der 14 Tage läßt sich das alles nicht machen, und es wäre gut, wenn man überall etwas Zurückhaltung üben möchte.

Aber den Charakter des Clemenceauschen Friedens sind wir ja alle einig. Kein Deutscher, auch der innerpolitisch radikalste nicht, sieht in diesem Machtwort des Siegesdeutschens etwas anderes als das Todesurteil für Deutschland. Aber gerade, weil eine so allgemeine erzieuliche Uebereinstimmung herrscht, sollten wir nicht allzu viele Säle mit dem Wortschwall von Protestreden erfüllen. Dem verblendeten Gegner imponiert es nicht und der Regierung erschwert es die Aufgabe. Wenn man recht überlegt: Wer möchte in der Haut der Männer stehen, die jetzt dem Grafen Brockdorff zu sagen haben, was er tun soll? Eine Verantwortung von Sorgen muß diese wenigen wirklich Verantwortlichen drücken. Sie dürfen die Verantwortung nicht auf die Nationalversammlung überwälzen. Denn deren Beschluß wird ja nicht auf Ablehnung oder Annahme, sondern auf Verhandlung um jeden Preis lauten. Die Männer der Regierung müssen vielmehr die neuen Anweisungen für die Versailles Delegation so aufstellen, daß ganz klar wird, was wir wollen, wie weit wir gehen können, wozu wir im schlimmsten Falle entschlossen sind. Noch wie seit Menschengedenken haben einige führende Leute das nächste Schicksal ihrer Nation so in Händen gehalten. Die größte und schwerste Stunde Deutschlands beginnt. Auch im demokratischen und sozialistischen Staate liegt die Entscheidung bei dem Können einiger Wenigen.

Kundgebungen und Besprechungen in Berlin.

S. Von unserer Berliner Redaktion wird uns gedruckt:

Aus allen Teilen des Reiches und aus allen Schichten des Volkes und aus allen Parteien, von den streng konservativen bis zu den radikalsten Sozialdemokraten, kommen die Kundgebungen an die Reichsregierung, in denen unbedingt Ablehnung des uns von den Feinden entgegen den ursprünglichen Vorschlägen Wilsons zugemuteten Schmach- und Vernichtungsfriedens gefordert wird. Heute nachmittags 3 Uhr wird in der Aula der Berliner Universität unter dem Bilde Friedrichs, der dem vaterländischen Volke die Wiedergeburt predigt, Regierung und Nationalversammlung das Wort haben. Auch hier wird Einmütigkeit und Entschlossenheit aller Volksvertreter vor der ganzen Welt unseren Gegnern zurufen, daß ihre ungeheuerlichen Friedensbedingungen nichts anderes sind als eine neue Kriegserklärung, als eine Verewigung des Kriegszustandes zwischen den Völkern und eine Kampfanlage an die Ideen des Rechtes und der Demokratie, der Selbstbestimmung und Freiheit, wogegen jedoch die ganze leidende Menschheit letzten Endes sich solidarisch erklären und den Entschluß über den radikaleren Kapitalismus und Imperialismus der Angelfachen erringen wird.

Das Kabinett hielt gestern eine Sitzung ab, in der die Friedensverhandlungen erörtert wurden. Es wird von jetzt an jeden Tag zusammen treten, um die Fragen zu erledigen, die sich aus den ständigen Beratungen in Berlin und Versailles ergeben. Die Fraktionen der Nationalversammlung werden teilweise heute vormittag erneute Besprechungen abhalten. Man denkt, daß nach der heutigen Nachmittagsitzung der Nationalversammlung das Plenum vorläufig verlagert werden wird. Die Mitglieder des Friedensauschusses werden aber in Berlin bleiben, um jeden Augenblick zusammentreten zu können.

Zwei Noten der Entente.

Versailles, 10. Mai. Die Note der deutschen Friedensdelegation über die allgemeine Beurteilung des Friedensentwurfes wurde durch Clemenceau am 10. Mai mit folgender Note beantwortet:

Herr Vorsitzender! Die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte haben von der Note Kenntnis genommen, die die Bemerkungen der deutschen Bevollmächtigten zum Text der Friedensbedingungen enthält. In Beantwortung dieser Mitteilungen möchten sie die deutsche Delegation daran erinnern, daß sie sich bei der Festlegung der Vertragsbestimmungen händig von den Grundrissen haben leiten lassen, nach denen der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen durchgeführt worden sind. Die Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte können keinerlei Erörterung ihres Rechtes zulassen, die grundsätzlichen Bedingungen des Friedens, so wie sie sie festgelegt haben, anzufecht zu erhalten. Sie können nur Anregungen praktischer Art in Erwägung ziehen, die die deutschen Bevollmächtigten ihnen etwa zu unterbreiten haben. Genehmigen Sie uns.

Diese Antwort enthält, obwohl sie formell jede grundsätzliche Erörterung des Friedensentwurfes abzulehnen scheint, tatsächlich eine erneute Festlegung auf die Vereinbarungen vom 5. Oktober bis 5. November v. J. Außerdem legt sie praktische Vorschläge zu Verhandlungen über die einzelnen Artikel des Friedensentwurfes nahe. Daß solche Verhandlungen beabsichtigt sind, ergibt sich auch aus der Tatsache, daß die Gegner am 10. Mai eine größere Anzahl von Druckeremplaren unserer Vorschläge zum Völkerbund und zum Arbeiterrecht erbeten haben.

Auf die Note über den Völkerbund hat Clemenceau geantwortet:

Herr Vorsitzender! Ich habe die Ehre, Ihnen den Empfang des deutschen Entwurfes eines Völkerbundes zu bestätigen. Der Entwurf wird von der zuständigen Kommission, die durch die alliierten und assoziierten Mächte gebildet ist, übermittelt werden. Die deutschen Delegierten werden durch eine neue Prüfung der Völkerbundsbedingungen feststellen können, daß die Frage der Zulassung neuer Mitglieder in diesem Bunde nicht übersehen, sondern ausdrücklich im 2. Absatz des 1. Artikels vorgesehen ist. Genehmigen Sie uns.

Diese Antwort umgeht den Kernpunkt unserer Frage, die sich darauf bezog, daß Deutschland eine Bundesfassung als Teil des gesamten Vertrages unterzeichnen soll, obwohl es weder als ursprüngliches, noch als eingeladenes Mitglied dem Bunde angehört.

In Ausführung der in der ersten Antwort enthaltenen Aufforderung werden heute praktische Fragen und Bemerkungen übergeben werden, die auf die territorialen Abtretungen Bezug haben.

Eine charakteristische englische Stimme.

Amsterdam, 11. Mai. Der Pariser Korrespondent des sozialistischen „Daily Herald“ meldet seinem Blatte, ein hervorragender Sozialist habe ihm gegenüber den Friedensvertrag als ein zweites Brest-Litowsk und als einen rein imperialistischen Vertrag bezeichnet. Es sei sehr unwahrscheinlich, daß er die 15 Jahre, die in ihm eine so wichtige Rolle spielen, überdauern werde. Eher sei man versucht, von 15 Monaten zu sprechen.

Pariser Pressestimmen.

Versailles, 12. Mai. Die beiden ersten Noten des Grafen Brockdorff-Rantzau an Clemenceau wurden heute von der französischen Presse akzeptiert mit Clemenceaus Antworten veröffentlicht. Die vorliegenden Beobachtungen stellen übereinstimmend fest, daß Graf Brockdorff-Rantzau in keiner der beiden Noten erklärt, Deutschland werde nicht unterzeichnen. Man müsse also auf Besuche der deutschen Delegation sich gefaßt machen, jeden Vertragspunkt einzeln zu erörtern oder durch Gegen-vorschläge zu ersetzen.

„Matin“ meint: Deutschland denkt nicht daran, nicht zu unterzeichnen, denn die Alliierten seien einig und die Nichtunterzeichnung würde für Deutschland die schlimmsten Folgen haben.

„Reit Parisien“ schreibt: Diesem ersten Schachmüßel würden weitere folgen.

Das „Journal“ glaubt, daß die deutsche Delegation die Friedenskonferenz unausgesetzt mit Schriftstücken bombardieren werde. Clemenceaus Antwort sei laotisch. Der Guericillaführer der russische Trümpf der Schwachen und unter den aarischen Umständen biete er die einzige Aussicht, eine Lücke in dem Konser zu finden. Die deutsche Einwand, daß der Vertrag mit den Grundrissen des Präsidenten Wilson nicht übereinstimme, sei durch Clemenceau alant erlebbar. Dancan sei Clemenceaus

ten die Zahl 800 nicht mehr erreicht. Bei allen Verhörden, Anstalten, Schulen usw. das aufzufindende Friedensheeres treten Vertrauensleute an die Stelle der S. M. A., eine Maßnahme, die bei uns in Baden schon fast durchweg durchgeführt war, da hier infolge der neutralen Zone bei den meisten Behörden keine S. M. A. bestanden durften. Die Kranken der Lazarette und das Spitalpersonal wählen jeweils für sich ihre Vertrauensleute, um beiden Kategorien, von denen die letztere ihrer Zusammenfügung nach dauernd wechselt, eine Vertretung ihrer Wünsche zu sichern.

Die Standort-S. M. A. treten ebenfalls zurück und führen die Abrechnung der laufenden Geschäfte bis 30. Mai durch. Standorte des alten Friedensheeres und der Reichswehr haben in Zukunft demnach keine Standort-S. M. A. mehr. Der Landesausführer der S. M. A. Baden beim General-Kommando 14. A. S. in Durlach verleiht seine Geschäfte weiter und arbeitet die noch laufenden Angelegenheiten auf, um sich dann entsprechend der Annahme der Truppenziele zu vermindern.

Gemeindevahlen.

Im Bezirk Eitenheim haben sich Einigungsverbände der drei größten Parteien zu den Gemeindevahlen für vor Abschluß der Verhandlungen mit der Reichswehr nicht zur vollen Zufriedenheit selbstig werden konnte. Ein Antrag, Vereinerlichter Bürgerlicher' kündigt nun allen Parteien Kampf aufs Messer an.

Badische Landwirtschaftskammer.

Die Tagesordnung der Vollversammlung der Landwirtschaftskammer, die am 14. Mai, vormittags 10 Uhr (nicht 9 Uhr) beginnt, ist um folgende Gegenstände erweitert worden: Vertretung der Bauern bei der Landwirtschaftskammer in deren Abwesenheit; Neuwahl der Vertreter in den Bad. Eitenheim und den Deutschen Landwirtschaftskammer.

Aus Baden.

Manheim, 12. Mai. In selbstmörderischer Weise legte sich in der Nähe der Station Kamperheim ein 18jähriges Mädchen vor den einfahrenden Zug. Sie wurde beiseite geworfen, ohne schwere Verletzungen erlitten zu haben.

Heidelberg, 12. Mai. Das Gewerkschaftskartell hat bei der Stadtverwaltung den Antrag gestellt, die Herstellung aller Fleisch- und Wurstwaren für die Lebensmittelversorgung der Stadt Heidelberg in eigene Hände zu übernehmen und das Schlachten und Wurstmachen in Privatbetrieben zu verbieten. Schlecht rennende Metzgereibetriebe sollen sofort geschlossen und die Metzger bei der Stadt als Gehilfen beschäftigt werden. Die Fleischschlächterei soll ganz in städtischer Regie betrieben werden.

Lahr, 12. Mai. In einer Versammlung der organisierten Arbeiterklasse wurde die Zusammenlegung der vielen kleineren Bäckereibetriebe verlangt, um die Verbilligung des Brotes sowie eine Mehlsparsamkeit zu erreichen, zugleich eine bessere Kontrolle über den Mehlverbrauch zu ermöglichen.

Zell i. B., 12. Mai. Der Bürgerausschuß beschloß die vollständige Einführung der Lehrmittelfreiheit und stimmte dem Vorschlag zu. Der Umfang beträgt 40 Bg.

Bonnndorf, 12. Mai. Die Gendarmerie hielt ein Patrouille aus, in dem für 10000 Mark Schweizerfranken nach Freiburg geschmuggelt werden sollten.

Heberlingen, 12. Mai. In der Nähe von Lindau überschritt ein militärischer Grenzpatrouille in einer der letzten Nächte mit vier Männern zusammen, die die österreichische Grenze auf unerlaubte Weise überschreiten wollten. Es kam zu einem Handgemenge, bei dem einer der Männer verhaftet, den Posten zu erreichen. Während die drei anderen Schmuggler entflohen, konnte der Angreifer durch einen Schuß niedergestrichen werden.

Babich-Rheinfelden, 12. Mai. In einem Walde bei Maulburg ist die Leiche des ermordeten Schmugglers L. Kreuz aufgefunden worden.

Konstanz, 10. Mai. Der Bürgerausschuß genehmigte in jüngster Sitzung sämtliche auf der Tagesordnung stehenden Punkte. Für die Erneuerung des Lechnitums werden zusammen 300 888 M. aufgenommen, für Kriegsmahnahmen und Familienunterstützungen ein Kredit von 1 201 021 M. und ein Anleihen von insgesamt 6 Millionen Mark. Stadtverwaltungsrat Schreiber machte bei diesen Punkten interessante Ausführungen über die finanzielle Lage der Stadt. Die früher aufgenommenen Schulden sind fast vollständig und die Heimgeldzahlung geregelt. Die Stadt hat 7 170 898 M. schwebende Schulden. Man werde die jetzt schwebenden Schulden in feste Schulden umwandeln, denn der Zeitpunkt sei gerade jetzt außerordentlich günstig. Die weiteren Punkte betrafen die Befreiung des Lagermoos, verschiedene Weggebühren an Beamte, Geländetausch und neue Fassung des Kreisrats. Zum Schluß der Sitzung, die in der ersten Bürgermeisterversammlung am nächsten Sonntag abgehalten wurde, gab der Obmann des Stadtverwaltungsrates bekannt, daß er dieses Amt niederlege. — Das bekannte Hotel Salm am Bahnhof ging in den Besitz des Bahnhofsfleischwärters Augustin in Eingen über.

Aus dem Stadtkreise.

Ein Blütenfest am Freitag, den 10. Mai, ging dahin. Die Temperatur war bereits auf „sommerlich“ gestiegen. Mit dem Blütenzauber der Bäume weitete sich das hell-

duftige Kleid. Überall zog es Scharen von Menschen in die Wälder und auf die Höhen. Von hier hatte das Auge oft Mühe, all die weißen und zartrosa getönten Blüten blühender Apfel- und sonstiger Bäume zu übersehen. Mancherlei Hoffnung regte sich da. Aber schon machen die Eisigkeiten grimmige Miene, um zu sprechen. Pantratus, Servatus und Bonifatius, die mit dem heutigen Tage beginnen, bringen sehr oft einen starken Rückfall der Temperatur, der von allen Landwirten und Bauern mit Recht gefürchtet wird. Auch die „kalte Seite“, der 15. Mai, gehört noch dazu. Diese Kältefälle im Mai, die man von alterher beobachtet hat, sind die Folge der starken Erwärmung des südsüdlichen Europas. Dadurch entsteht ein Luftdruckminimum, während im Westen und Norden ein höherer Luftdruck herrscht, womit sich die Zeit vorrückende nördliche Windrichtung erklärt.

Einmalige Feuerungszulassung an die städtischen Bediensteten. Der Stadtrat beantragt, der Bürgerausschuß solle seine Zustimmung dazu geben, daß die am 1. Mai 1919 voll beschäftigten Beamten und Beamtenanwärter der Stadt, der Stadtschulrat, der Rektor und die Lehrer an den städtischen Volksschulen, der Professor des städtischen Krankenhauses und die Stadtbauarbeiter eine einmalige Feuerungszulassung nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen erhalten: 1. Die Feuerungszulassung beträgt: a) für Verheiratete 500 M., Verheiratete mit Kindern erhalten außerdem für jedes zu berücksichtigende Kind 50 M., b) für Ledige 350 M., Ledige, die aus dem 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben 175 M.; 2. Die Feuerungszulassung wird, wenn der Bedachte mindestens 1 Jahr in städtischen Dienst beschäftigt war, im vollen Betrag gewährt, andernfalls erhält er für jeden vollen Monat der Verwendung ein Zwölftel dieses Betrages. Die Unterbrechung der Dienstzeit durch Teilnahme am Krieg bleibt bei den Beamten und ihren Bediensteten und Arbeitern, deren Bewähre (ohne oder mit Anrechnung der Familienunterstützung) weiterbeschäftigt wurden, unberücksichtigt. Bei den anderen Bediensteten und Arbeitern wird die Dienstzeit bis zu ihrer Einberufung und nach ihrer Rückkehr zusammenzurechnen, falls sie den Dienst alsbald wieder angetreten haben; 3. falls die Voraussetzungen von Nummer 2 Satz 1 gegeben ist, erhalten auch jene verheirateten Beamten, Lehrer und Arbeiter, die infolge von Kriegs-Gefahrenschäden, Verlesung oder Verleumdung den Dienst nicht mehr antreten konnten, die Feuerungszulassung; 4. Die Bestimmungen einer früheren Wäraausrichtungsverordnung finden entsprechende Anwendung; 5. Städtisch ist der 1. Mai 1919. Der Aufwand mit rund 1 680 000 M. soll aus laufenden Mitteln bestritten werden.

Post- und Zahlungsverkehr mit dem besetzten Gebiet. Von jetzt an dürfen Esjaktelle, die zu Inkassoforderungen von Kraftwagen, Maschinen und Apparaten unbedingt erforderlich sind, in gewöhnlichen Paketen aus dem unbesetzten Deutschland in die britische Zone der besetzten deutschen Rheingebiete eingeführt werden. Im Verkehr mit der französischen Besatzungszone (ausschließlich Elbsch-Lothringen und Brückenopfergebiet) sind jetzt Postkarten in Privatangelegenheiten, sowie Privatbriefe in sehr wichtigen Angelegenheiten ausgelegt. Die Bestimmungen über die Zulassung von Zahlungen aus der französischen Besatzungszone (ausschließlich Elbsch-Lothringen und Brückenopfergebiet) nach dem unbesetzten Deutschland, die durch Postanweisung, Postcheck, Leberweisung und Zahlart: bisher allgemein bis zu 50 M. erlaubt waren, sind erweitert worden: bei Beträgen über 50 M. (eine Höchstgrenze ist nicht festgelegt) müssen die Abgeber jeder Summe folgen von ihnen unterschriebene Bezeichnung beifügen oder auf ein Bordru niederschreiben:

„Der Unterschriebene bezeugt hierdurch, daß seine Sendung von ... M., welche durch ... (Name) angefertigt worden ist, wegen (Grund: Handelsreisende, Versicherungsprämienzahlung, Sparschneid, Sparschneid, Pension oder Leihrente) veranlaßt worden ist.“

Aus dem unbesetzten Deutschland nach dem Brückenopfergebiet von Kehl, jedoch nicht in umgekehrter Richtung, sind Postanweisungen und Zahlungsanweisungen zugelassen.

Gartenbauverein. In der jüngsten Monatsversammlung hielt Geh. Hofrat Prof. Dr. Klein an der Technischen Hochschule hier einen Vortrag über die richtige Düngung im Kleingartenbetrieb. Zur Ernährung der Pflanzen sind 7 Stoffe erforderlich: Stickstoff, Calcium, Magnesium, Eisen, Phosphor und Stickstoff. Im Stallmist sind Kalzium, Phosphor und Stickstoff im gleichen Verhältnisse vorhanden; die Wirkung des Stallmistes ist eine doppelte; er führt dem Boden Nahrung zu und trägt zu seiner Verbesserung bei, während künstliche Dünger bei längerer Anwendung den Boden verfrachten. An Erntepflanzen für Stallmist, der natürlich immer der beste Dünger bleibt, sind zu nennen: Silbhalpeter, enthält 14-16 % Stickstoff; im Frühjahr kurz vor dem Pflanzen in den Boden zu bringen. Schwefel-saures Ammoniak, enthält 20 % Stickstoff, im Frühjahr zu geben. Thomasmehl, enthält 10-20 % Phosphorsäure, wird gewonnen aus der Thomasschlacke, einem Nebenprodukt aus Eisenerzen; wird im Boden nur langsam zerarbeitet und sollte deshalb längere Zeit vor dem Pflanzen — am besten im Laufe des Winters — in den Boden gebracht werden. Leichter löslich ist das Superphosphat und kann deshalb noch kurz vor dem Pflanzen angewendet werden. Kalzium ist in den Stickstoff-Kalziumsalzen zu 13 % enthalten. Außerdem können verwendet werden: Jauche, sie enthält viel Kalzium, ist dagegen an an Phosphor, Kalzium und Stickstoff, die letztere enthält keinen Stickstoff. Der durch eine Reihe

lehrreicher Lichtbilder unterstützte Vortrag fand dankbare Aufnahme; die übliche Blumenverlosung beschloß den anregend verlaufenen Abend.

Diebstahlsgeld. In einer Feldhütte in Mühlburg wurden in der Nacht vom 9./10. d. M. 2 Riegen abgeholt und entwendet. Die Täter konnten noch nicht ermittelt werden. Vier Burdigen im Alter von 17-19 Jahren, die sich arbeitslos hier herumtrieben und gemeinschaftlich Geflügelställe verübten, wurden am 9. d. M. dabei erwischt, als sie 2 in Dazlanden an der Alb gestohlene Enten bei einem hiesigen Geflügelhändler abzugeben versuchten. Die Burdigen wurden verhaftet.

Standesbuch-Auszüge.

Eheausgabe. 10. Mai. Josef Sed von Studerich, Badrath, in Durlach, mit Frieda Keller von hier; Theodor Klotzer von Weingarten, Met.-Bezir hier, mit Karol, Kräger von Sulzfeld; Karl Kaufmann von hier, Veri.-Beamter hier, mit Anna Summel von hier; Jakob Hiesl von Wundheim, Kraftfahrer hier, mit Elise, Ziehm von Wundheim; Gust. Hermann von Gernsbach, Schlosser in Durlach, mit Frieda Pfeifer von Wundheim; Wilhelm Becke von Wundheim, Met.-Bezir hier, mit Frieda Schrotz von Durlach; Ernst Schiele von Zeiningen, Eisenbahnretzler hier, mit Emma Köpfe von Bielefeld.

Aus dem Wirtschaftsleben.

Gegen Fälschungen des amerikanischen Mehls. Durch einen Teil der Presse geht eine Notiz, aus der hervorgeht, daß in Berlin bereits Fälschungen mit dem amerikanischen Weizenmehl vorgenommen wurden, d. h. daß von einzelnen Händlern das Weizenmehl mit Schwarzmehl vermischt zum Verkauf gebracht wurde. In diese Mitteilung knüpfen sich naturgemäß Bemerkungen, daß ähnlich wie in Berlin, auch bei uns mit dem amerikanischen Mehl verfahren werden könnte. Es muß deshalb darauf hingewiesen werden, daß das Mehl, dessen erste Sendung dieser Tage erwartet wird, unmittelbar von Rotterdam nach Mannheim verfrachtet wird; von dort erfolgt die Verteilung an die Kommunalverbände, die die Verteilung an die Verbraucher regeln. Die Kommunalverbände werden den Verkauf aufs strengste überwachen und dafür Sorge tragen müssen, daß das Mehl unverfälscht an die Verbraucher gelangt. Zu diesem Zweck wird das Ministerium des Innern die Kommunalverbände anweisen, den Vertrieb des aus dem Ausland importierten Mehls zu überwachen, die Mehlverpackung auf 94 Prozent ausgemessenes inländisches Mehl zu verpacken, sondern den Verkauf besonderen Stellen zu übertragen.

Die Bekämpfung Schwerbeschädigter.

Der Reichsminister für wirtschaftliche Demobilisation hat durch Abänderung der Verordnung über Beschäftigung Schwerbeschädigter bestimmt, daß Schwerbeschädigte frühestens am 1. Juli 1919 angestellt werden dürfen. Frühere Bindungen sind erst ab diesem Zeitpunkt wirksam. Etwa schon entlassene Schwerbeschädigte können, sofern sie nach Inkrafttreten dieser Verordnung die Beschäftigung bei dem bisherigen Arbeitgeber wieder aufnehmen, für die infolge der Kriegsdienst nicht geleisteten Dienste die vereinbarte Vergütung verlangen, ohne auf Nachleistung verpflichtet zu sein. Der Arbeitgeber kann eine etwa aus Anlaß der Kündigung bewilligte Abfindung zurückfordern.

Soziale Fürsorge.

Der Wert der Behelfsprojekten.

Am Reiter-Lozartell Ettlingen hielt vor. Veraten. Vertretern der Kreisärzte und Kreisgesundheitsbeamten und den Kreisbeschäftigten Dr. med. F. H. S. Stotzmann über den Wert von Behelfsprojekten.

In sachlicher Weise schilderte der Redner die Schwierigkeiten, die sich bei der Verlegung der Amputierten mit zweckmäßigen Verabreichungen darbieten. Solange der Amputationsstumpf nicht abgeheilt ist und noch Formveränderungen durchmacht, bedarf der Amputierte ärztlicher Behandlung. Nicht nur der Amputationsstumpf braucht Behandlung, auch psychisch muß der Arzt auf den Patienten einwirken, seinen Lebensmut fördern, unbeeinträchtigt und den Willen lebendigen Bedenken beseitigen. Ein richtiges Zusammenarbeiten von Arzt, Techniker, Kreisärzten führt zum Ziel. Für die Vertiefung von Behelfsprojekten ist gerade die Mitarbeit der Amputierten, insbesondere der amputierten Dandverletzte außerordentlich wertvoll. Die ersten Ersatzglieder müssen physiologisch durchdacht, einfach, leicht, stabil, leicht und billig herstellbar sein. Nur dann können sie dem jeweiligen Zustand des Stumpfes entsprechen. Erst aus dem Tragen solcher Ersatzglieder ersehen sich die Richtlinien, die für die Anfertigung eines endgültigen (Dauer-) Ersatzgliedes brauchbar sind. Die Gesundheitspunkte stellen der Arzt, der Techniker fertigt aus diesem Material, das er genau auf Stabilität, Gewicht und Dauerhaftigkeit prüft, ein Dauerersatzglied an.

Den Amputierten wurde angeteilt, wie wertvoll diese wissenschaftlichen Grundfälle sind, daß es gelingen ist, auf dem Wege wissenschaftlicher Heilbehandlung doppelseitige Oberextremitäten amputierten ein Gehen ohne Stock wieder zu ermöglichen und sie soweit zu bringen, daß sie selbst auf unebenem Boden gehen und weichen Boden in gleicher Weise sicher gehen erkennen.

Ein doppelseitig oberextremitätenamputierter Kreisinvalid trägt einen neuen, von Dr. Fruchs konstruierten Stütz- und Gehapparat. Er sieht den Am-

putierten, daß er ohne Stock sicher und mit guter Körperhaltung gehen, sich auf einer Brotkruste abstützen und umdrehen kann.

Der Vortragende beschreibt die Entwicklung und Bedeutung dieser „Lebnasistüte“. Grundlegend für den Bau des Lebnasistüdes war der „Stützstock“, den Prof. v. Baeyer vor 24 Jahren im Lazarett eingeführt hatte.

Als Vorläufer des Stüdes gegenüber den ungeschickten und schädlichen Krücken kommen nach von Baeyer in Betracht: Abhärtung des Stüdes, Vermeidung von Gelenkverletzungen der Hüfte, Vermeidung der durch Druck auf die Armmerven bedingten Krümmungen, das Freibleiben beider Arme zu beliebigem Gebrauch. Bei gleichzeitiger Verlust eines Armes kann der Stützstock ebenfalls Anwendung finden. Die Befestigung des Stüdes an Stumpf verlaufenden, in einen Stützstock nach unten verlaufenden Brettes, das durch Reizen des Stüdes, Vermeidung als Hauptbefestigungspunkt trägt, ist kraftschlüssig, d. h. je stärker die Belastung, desto fester schließt der Stützstock am Stumpf an.

Als weiterer praktischer Vorzug kommt nach Laue, München, die Möglichkeit hinzu, daß der Stützstock jeder Beinlänge und Stumpfweite ohne weiteres angepaßt werden kann.

Als diese Vorzüge besitzt auch der Lebnasistützstock. Dazu kommt noch, daß das Körpergewicht möglichst gleichmäßig auf die Brotkruste verteilt werden kann, was durch Stützflächen (nicht Stützpunkte) sowie durch eine Stützpelotte erreicht wird.

Der Reizriemen ist breiter und besonders an der Hüfte, sowie in der Höhe verstellbar. Die Hüftgelenke werden durch Traxorien, die an einem Drillschleife (Traxoweste) anreifen und so die Schultern in nicht mehr fühlbarer Weise belasten, außerdem die Hüfte nicht beeinträchtigen. Von Anfang an wird eine gute Körperhaltung erzielt.

Das Gehen geschieht nach dem Beispiel Spettmanns zuerst mit kurzen, dann immer längere werdenden Schritten, bis schließlich der normale Beinlängere entfällt. Nicht traafähige Stümpfe, wie sie nach Radikulationen beschaffen sind, werden beifähig durch Abhärtung mit Druckpelotte nach erfolgter Wundheilung und Reizung der Wunde. Durch die Druckpelotte kann in schonender Weise die Belastung des Knochens willkürlich beeinflusst und ein solches Knochenweichheitsstadium erzielt werden.

Eine Vorrichtung entsprechend jener an Säuglingsstühlen gestattet sicheres Gehen auf jedem Boden und ist besonders wichtig für Landwirte.

Sport.

Schwimmfest in Heidelberg.

Am gestrigen Sonntag veranstaltete der Heidelberger Schwimmverein „Nitar“ im dortigen Hallenbad ein Wohltätigkeits-Schwimmfest, das neben Schau- und volkstümlichen Vorführungen auch mehrere Wettkämpfe brachte, bei denen auch die beiden Karlsruher Schwimmvereine „Neptun“ und „Poseidon“ sich mit Erfolg beteiligten. Die Wasserfeste genannt „Poseidon“ Karlsruhe mit der Mannschaft „Nitar“ Heidelberg und „Neptun“ Karlsruhe. Im Seniorenschwimmen (96 m) blieb Wörpers-Nitar Heidelberg erster gegen Stetter-Karlsruhe, während Jul. Wörpers-Nitar Karlsruhe das Seniorenschwimmen gewann. Die Jugendwasserfeste brachte der Mannschaft des „Neptun“ Karlsruhe (Halt, Alexander, Ries, Bierhalter) einen schönen Sieg gegen Oberallgäu Heidelberg und „Nitar“ Heidelberg. Ein Wasserballspiel „Nitar“ Heidelberg gegen „Poseidon“ Karlsruhe endete nach hartem Spiel mit 12:2 Toren zugunsten Heidelbergs.

Hockey. In Heidelberg traf sich gestern früh zum Hockey-Wettkampf die Hockey-Abteilung Frankfurt 1880 und Hockey-Club Heidelberg. Die Frankfurter Mannschaft, die äußerst spielfertig und in dieser Spielzeit noch ungeschlagen ist, konnte in guter Form mit 7:3 Toren gewinnen.

Vom Wetter.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Orts-Zeit:	Barom. man in O:	Therm. in O:	Wind, l. des:	Wind, r. des:	Wind, h. des:
11. Mai Karst. 12.00 U.	756,4	13,1	10,6	49	33
11. Mai Hebd. 12.00 U.	755,0	17,3	10,6	71	33
12. Mai Hebd. 12.00 U.	757,5	15,3	10,6	62	33

Höchste Temperatur am 11. Mai 23,2, niedrigste in der Nacht 13,5. Niederschlagsmenge (einschl. der Nacht) 0,5 mm.

12. Mai

Schneehöhe	2,17 m	11. Mai	2,21 m
Mehl	3,21 m		3,21 m
Wasser	4,97 m		5,01 m
		mittags 12 Uhr	4,90 m
		abends 6 Uhr	4,90 m
Mannheim	4,25 m		4,34 m

Auskunftei Bürgel
300 Geschäftsstellen
Garantiepost Mark 300 000.
Einzel- und Abonnementsauskunft für jedermann
Friedrichsplatz 2. Teleph. 455.

Reinigung der Wasserrohrstränge.
Vom Montag, den 5. Mai bis Samstag den 17. Mai 1919 wird in der Wasserrohrstränge und Regenrohrstränge die mechanische Reinigung des Wasserrohrstranges sowohl tagsüber, wie auch nachts vorgenommen. Während der Dauer dieser Arbeiten lassen sich Abflüsse des Wassers auch in den entfernteren Abflüssen nicht vermeiden; seltwilliges Ausbleiben des Wassers, namentlich in den höher gelegenen Stockwerken, ist nicht ausgeschlossen.
Karlsruhe, den 3. Mai 1919.
Stadt, Gas-, Wasser- und Elektrizitätsamt.

Daniels Konfektionshaus
Wühelstr. 34, 1 Tr.
Neu eingetroffen:
Frühjahrs-Paletots
Mk. 75.- an.

Der Ankauf einer Violine ist Vertrauenssache.
Wir bieten volle Garantie für preiswerte Instrumente. Große Auswahl von der einfachsten Schulgeige bis zum volltönigen Soloinstrument.
Odeon-Musikhaus
Karlsruhe, Kaiserstraße 175, Tel. 339.

MÖBEL
Kompl. Schlafzimmer, Wohnzimmer, EB-u. Herrenzimmer, Küchen, fertige Betten
Große Auswahl in Sofas sowie Einzelmöbel.
Möbelmagazin Karl Ehrfeld
Zähringerstr. 74 Telephon 102.

Pläne, Zeichnungen etc.
schnellste und beste Vervielfältigung bei
S. Thoma Nachf.
Elektrische Lichtpausanstalt
Kaiser-Allee 29 Telephon 5026.

A. Mulfinger
Poststraße 8.
Telephon 1700.

Elektr. Licht- u. Kraft-Anlagen
Telegraphen- und Telefon-Anlagen
Glühlampen, sämtliche Bedarfsartikel
Grund & Dehmichen
Tel. 520. Waldstraße 26. Tel. 520.

